Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 186 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig für Behörden, Finanzanzeigen u auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Freitag, den 12. August | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle" und „Für unsere Frauen" | 1932

Die geplante Verfassungsreform

Die Verfassungsfeier in Berlin.

Die Reformpläne der Reichsregierung.

Das Reichstagsgebäude, in dem wie alljährlich die Verfassungsfeier der Reichsregierung im Beisein des Reichspräsidenten von Hindenburg stattfand, war bereits seit den Vormittagsstunden das Ziel Tausender von Schaulustigen. In der großen Wandelhalle des Reichstages sah man neben der Reichsflagge die Flaggen sämtlicher deutschen Länder. Im Sitzungssaal war auf den Tischen des Reichspräsidiums ein prächtiger Aufbau von blauen Hortensien errichtet. An der Hinterwand waren die Wappen der deutschen Länder angebracht, in der Mitte der große Reichsadler. Zu beiden Seiten sah man die Reichsflagge und die deutsche Handelsflagge. Vor dem Platz Hindenburgs hing die Standarte des Reichspräsidenten. Die Präambel der Verfassung, die sonst früher zu beiden Seiten des Reichsadlers angebracht war, fehlten diesmal.

Lange vor Beginn der Feier war der Sitzungssaal des Reichstages bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf den Abgeordnetenbänken sah man zahlreiche Mitglieder des bisherigen Reichstages. Auf der Regierungsbank hatten Reichskanzler von Papen und die übrigen Reichsminister Platz genommen. In der Diplomatenloge war das Diplomatische Korps unter Führung des päpstlichen Nuntius Orsenigo erschienen. Auf der Regierungsestrade bemerkte man auch mehrere Minister der kommissarischen preußischen Regierung.

Pünktlich um 12 Uhr erschien Reichspräsident von Hindenburg in der Reichspräsidentenloge, begleitet von dem Reichstagsvizepräsidenten von Kardorff, der den beurlaubten Reichstagspräsidenten Löbe vertritt. Nachdem der Reichspräsident die Versammlung begrüßt hatte, nahm er zwischen dem Reichswehrminister von Schleicher und dem Reichstagsvizepräsidenten von Kardorff Platz. Hierauf begann die Feier mit dem Vortrag der Ouvertüre zu „Egmont", gespielt vom Berliner Philharmonischen Orchester unter Leitung von Professor Prüwer. Darauf nahm

Reichsinnenminister Frhr. von Gayl

das Wort zu seiner Festrede, wobei er u. a. ausführte:

Inmitten einer ihm immer noch feindlichen Welt hat unser Volk die schwersten Bürden äußerer und innerer Not zu tragen. Alle Versuche, den Verfassungstag zu einem gemeinsamen volkstümlichen Feiertag zu gestalten, sind bisher fehlgeschlagen. Es genügt, hier offen zu bekennen, daß es so ist, und daß die Verfassung die Geister nicht einigt, sondern trennt. Dennoch hat die Reichsregierung sich entschlossen, den Verfassungstag amtlich zu begehen. Wir geben uns dabei nicht der Hoffnung hin, diesen Tag zu einem Festtag für unser Volk machen zu können. Wir sehen auch in dem 11. August keinen Feiertag, der unter allen Umständen begangen werden muß. Aber wir wollen diesen Tag, der, wie man immer zur Weimarer Verfassung stehen mag, ein geschichtlicher Gedenktag ist und bleibt, bewußt dazu benutzen, um in Gegenwart des allverehrten Herrn Reichspräsidenten in würdiger Umrahmung durch klassische deutsche Kunst zu unserm Volk zu sprechen. Es ist richtig, daß Wirtschaftsnot auch Volksschicksal ist, und daß ihre Überwindung eine wesentliche Voraussetzung für Deutschlands Zukunft bleibt. Es ist aber nicht richtig, daß die Wirtschaft das Schicksal der Nation ist. Im Ringen der Völker um ihr Dasein sind entscheidend die unwägbaren Kräfte eines Volkes. Von ihrem Durchbruch durch die materiellen Sorgen zu machtvoller Betätigung hängt die Zukunft ab. Diese unwägbaren seelischen Kräfte und Werte sind an keine Formen und Verfassungsurkunden gebunden. Sie sind ein Ausfluß höheren, göttlichen Wirkens, das über dem Schicksal der Nation steht, und sie ruhen tief in den Herzen der einzelnen Volksgenossen. Wer unsere Lage richtig deutet, der sieht, daß wir wieder

an der Wende unseres Schicksals stehen.

Jahrzehnte liegen hinter uns, in denen bei uns Deutschen das eigene Ich im Vordergrunde des Handelns und Denkens stand. Mit dem Ich des Einzelnen eng verbunden wurden die eigene Gesellschaftsklasse und ihre Herrschaftsbestrebungen stark betont und betätigt. Dieser Abschnitt wurde unterbrochen durch die Jahre des Weltkriegs, in denen für einige Zeit die tiefsten Kräfte des Volkes durch die materialistischen Schlacken durchbrachen. Nach dem Zusammenbruch schienen die seelischen Werte unrettbar dem Schicksal dauernder Verschüttung anheimzufallen. Aber lebendig brachen die starken Kräfte, die einst das Erleben des Weltkrieges freigemacht hatte, in den verschiedensten Formen aufs neue hervor. Je stärker diese ethischen Regungen in einem Teil unseres Volkes lebendig wurden, desto heftiger wurde der Widerstand derer, die sich in ihren bisherigen Lebensanschauungen bedroht fühlten. So ist jetzt

unser Volk in zwei Lager zerspalten,

zwischen denen ein erbitterter Kampf um die Macht im Staate tobt. Jedes Lager nennt das andere Volksverderber und Staatsfeind; so sollten die Dinge nicht sein. Was in unserem Volk ausgefochten wird, das ist ein Kampf der Weltanschauungen, der ein Ringen der Geister und nicht eine handgreifliche Auseinandersetzung sein soll. Wir tun gut, auch den weltanschaulichen und politischen Gegner bis zum Beweise des Gegenteils als einen ehrlichen Volksgenossen zu betrachten, der das Beste unseres Volkes will. Bewußt ausgeschlossen sei dagegen jeder, der einen nationalen deutschen Staat grundsätzlich verleugnet. Man mag zu Einzelheiten der Weimarer Verfassung stehen wie man will. Sie ist heute der einzige Grund, auf dem alle, unbeschadet ihrer weltanschaulichen und politischen Meinung, stehen müssen, die einen deutschen Staat überhaupt bejahen. Auf diesem Grund müssen wir uns finden und handeln, denn wir haben keinen anderen, von dem aus wir den Vormarsch zu einem neuen staatlichen Leben überhaupt antreten können.

Damit ist aber nicht gesagt, daß die Weimarer Verfassung etwas Unabänderliches wäre. Rückblickend auf die dreizehn Jahre des Bestehens unserer Verfassung müssen wir bekennen, daß sie abänderungsbedürftig ist. Es war ein Verdienst der Nationalversammlung und aller deutschen Länder, daß 1919 in verhältnismäßig kurzer Zeit nach dem Zusammenbruch überhaupt eine Verfassung zustande kam, die die Reichseinheit gewährleistete und für längere Zeit eine Grundlage staatlichen Lebens schuf, auf der auch tatsächlich sehr schwere Zeiten überwunden werden konnten. Es ist nicht Schuld der Verfassung allein, daß sich in Deutschland

eine Herrschaft der politischen Parteien

entwickelte, bei der Legislative, Kontrolle und Exekutive immer mehr verschmolzen und die schließlich dazu zwang, sogar Maßnahmen des wirtschaftlichen Lebens und der Finanzgebarung mit der ultima ratio des Artikels 48 zu regeln und damit einen Teil der Verfassung selbst außer Kraft zu setzen.

Die heutigen Zustände dürften ein schlagender Beweis sein, daß



Hindenburg bei der Feier im Reichstag.
Minister Schleicher (links), v. Kardorf (rechts), v Hindenburg.

die Verfassung abänderungsbedürftig

ist. Unser Volk kann sich auf die Dauer der Notwendigkeit einer Verfassungsreform, ja einer Reichsreform nicht entziehen. Die Reform hat auszugehen von einer Änderung des im Artikel 22 der Verfassung vorgeschriebenen Wahlrechts. In diesem Artikel wurzelt die von weitesten Kreisen schwer empfundene Herrschaft der Parteibürokratie. Das Volk will nicht Nummern, sondern

Persönlichkeiten wählen.

Es versteht nicht, daß die Stimmen noch nicht mündiger Volksgenossen gleichgewertet werden den Stimmen der Familienernährer und der Mütter. Zur Reform des Wahlrechts gehört auch die Einschränkung der zahlreichen kleinen Splitterlisten, deren Stimmen in der Regel ausfallen. Dem Wahlrecht sollte die Wahlpflicht entsprechen. Regieren heißt nicht nur, die Forderung der Stunde erfüllen, sondern auch ein festes Ziel auf allen Gebieten des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens nachhaltig ansteuern. Jede zielbewußte Regierungspolitik ist auf die Dauer in Deutschland zum Scheitern an zwei Dingen verurteilt, an der Anonymität der Verantwortung und an dem Fehlen einer Instanz, die unabhängig von Parteieinflüssen dem Gesamtwohl schädliche Parlamentsbeschlüsse ohne schwerwiegende verfassungsmäßige Reibungen auszugleichen vermag. Man kann über das Kapitel deutscher Geschichte aus den letzten dreizehn Jahren die Überschrift setzen: „Zeitalter der anonymen Verantwortung." Ein im Umbruch aller Werte befindliches Volk, das unter einer furchtbaren Not leidet, bedarf einer von den Fesseln formaler Verantwortung mehr wie bisher befreiten, aber persönlich um so stärker verantwortlichen Regierung, die in einer

Ersten Kammer

einen Helfer haben muß, der sie vor den Folgen der oft durch Wahlrücksichten und Stimmungen beeinflußten Parlamentsbeschlüsse schützen und die Stabilität der Regierungspolitik zu gewährleisten vermag.

Schließlich ist noch des

inneren Umbaues des Reiches

zu gedenken. Die Erfahrung seit dem 11. August 1919 hat zur Genüge die Unhaltbarkeit des Zustandes ergeben, daß im Reich und in Preußen von verschiedenartig zusammengesetzten und gerichteten Regierungen eine verschiedene Politik auf allen Gebieten betrieben werden kann.

Das Verhältnis zwischen Reich und Preußen

muß im Sinne einer engen Gemeinschaft zwischen beiden umgestaltet werden. Das braucht keine Minderung der Selbständigkeit und Eigenstaatlichkeit der deutschen Länder zu bedeuten und soll sie nicht herbeiführen. In keinem Lande Europas ist eine so mannigfaltige, oft geschichtlich gewordene Vielheit der Verhältnisse, der Menschen, ihrer Anschauungen und Gewohnheiten festzustellen wie in Deutschland. Schematisierung und Zentralisierung Deutschlands von einer Stelle aus würden sehr bald Gegenkräfte entfesseln, von denen auf die Dauer eine wesentliche Schwächung des Reiches und damit eine Minderung der Stoßkraft des deutschen Volkes in seinem schweren Kampf ums Dasein ausgehen würde. Dem Reich, als der die deutschen Länder und Stämme umfassenden staatlichen Einheit, muß das gegeben sein, was es als deutscher Gesamtstaat zur Führung seines staatlichen Lebens braucht, alles andere sollte den Ländern und Stämmen verbleiben. Um diese Schicksalsfragen kommen wir nicht herum und wollen wir uns nicht mehr herumdrücken. Über die Einzelheiten dieser Umgestaltung unserer Verfassung kann man streiten und verschiedene Wege suchen. Die Kraft zur Reform gewinnen wir nur, wenn wir von der Verantwortung vor Gott und Volk tief durchdrungen sind, die uns zwingt, das zu tun, was wir als richtig erkannt haben, und wenn wir dabei nicht nach Parteivorteilen und -nachteilen handeln, sondern nach dem Wort Bismarcks „Der Staat will bedient, nicht beherrscht werden."

Nach der Rede des Reichsinnenministers hielt

Reichskanzler von Papen

eine kurze Ansprache, in der er u. a. betonte:

Der Notwendigkeit, die Grundlage deutschen Lebens nach den Überlieferungen unseres Volkstums und einer stolzen Geschichte und doch einem jungen leidgeprüften Geschlecht angemessen zu erneuern, konnten die Gestalter unserer Verfassung vor dreizehn Jahren — als die Nation sich nach einem heroischen Kampfe ohnegleichen in der Geschichte in einem Zustand völliger Erschöpfung befand — nicht in vollem Maße gerecht werden. Aber dennoch hat diese Verfassung Grundgedanken und Möglichkeiten, die in die Zukunft weisen. Aus ihnen müssen wir das deutsche Haus neu bereiten. Diese Aufgabe steht fest umrissen vor uns. Gestalter dieser Zukunft zu sein, rufen wir heute alle auf, die Deutschland und sein Volk mehr lieben als Parteidoktrinen; alle, die das unantastbare grundgewachsene landsmannschaftliche Eigenleben der Länder gekrönt sehen wollen von der Wohlfahrt, Kraft und Stärke des einigen Reiches. Daß diese Erneuerung in brüderlichem Geiste geschehe, das fordert schon das Grundgesetz von 1919: „Das deutsche Volk — einig in seinen Stämmen." Daß es nicht nur in seinen Stämmen, sondern auch in seinen politischen Gruppierungen den Weg zur Einheit finden möge, das ist unser Wunsch und unsere Hoffnung am heutigen Tage.

Das gemeinsam gesungene Deutschlandlied beschloß die Feier.

Als Reichspräsident von Hindenburg die große Wandelhalle des Reichstages verließ, ertönten Hochrufe. Unter den Klängen des Präsentiermarsches schritt der Reichspräsident die Front der Ehrenkompagnie ab. Nachdem das Deutschlandlied verklungen war, verließ der Reichspräsident im Kraftwagen unter Hochrufen der Menge, in die sich Rufe „Freiheit" mischten, den Platz. Ein Parademarsch vor Reichswehrminister von Schleicher und seinen Offizieren schloß die Veranstaltung vor dem Reichstagsgebäude ab. Bei der Abfahrt des Reichswehrministers wurden wieder verschiedentlich „Freiheit"-Rufe ausgebracht. Die Polizei schritt gegen die Rufenden ein und nahm einige Feststellungen vor.

Gayls Reformprogramm.

Vielleicht ist derjenige Artikel der Weimarer Verfassung am häufigsten angewendet worden, der sie „ändert". Er „ändert" sie aber gar nicht, sondern will nur eine Ausnahme von den verfassungsrechtlichen Bestimmungen schaffen. Unabsehbar lang ist die Reihe solcher Ausnahmen, wie ja auch der „Ausnahmezustand" des Artikels 48 wirklich schon zu einem — „Zustand" geworden ist.

Und trotz alledem ist vor 13 Jahren — um die Worte des Reichsinnenministers aus seiner Rede bei der Verfassungsfeier zu zitieren — mit der Verfassung „der einzige Grund geschaffen worden, auf dem alle, unbeschadet ihrer weltanschaulichen und politischen Meinung, stehen müssen, die einen deutschen Staat überhaupt bejahen". Jede Verfassung ist also mehr als nur ein „rechtlicher Niederschlag politischer Strömungen im Volke", wie man dies formulieren zu können glaubte. Sie ist das Fundament nicht des politischen Lebens, sondern des staatlichen Daseins, und es ist daher bezeichnend, daß der modernste Staat mit stärkstem Eigenleben, England, überhaupt keine geschriebene Verfassungsurkunde in unserem Sinne hat, sondern nur einen ganzen Haufen „Grundgesetze", von denen einige bereits über ein Alter von Jahrhunderten verfügen, eines sogar das ehrwürdige Alter von 717 Jahren besitzt. Trotzdem bleiben sie die Grundlage.

Der Minister v. Gayl erklärte auch ausdrücklich, daß auch in Deutschland von der Grundlage der bestehenden Verfassung aus eine Reform dieser Verfassung erfolgen müsse, wenn „der Vormarsch zu einem neuen staatlichen Leben angetreten" werden solle. Damit wendet er sich indirekt gegen Versuche, deswegen die Verfassung zu ändern oder zu reformieren, weil die politischen Kräfte der Nation heute anders gelagert sind als 1919. Daß das „staatliche Dasein" des deutschen Volkes als organisierter Nation damals durch Gewährleistung der Reichseinheit gerettet wurde, bezeichnete der Reichsinnenminister als ein besonderes Verdienst der verfassunggebenden Nationalversammlung: waren doch die Gefahren überaus groß, die damals von außen und innen her die Erhaltung der Reichseinheit bedrohten.

Daß sich im Laufe der 13 Jahre manches an der Verfassung als reformbedürftig herausgestellt hat, ist wohl

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten und die Beilage: **„Zeitgeschehen im Wochenbild."**

Kleine Zeitung für eilige Leser

*** Bei der Verfassungsfeier der Reichsregierung im Plenarsitzungssaal des Reichstags gab Reichsinnenminister Freiherr von Gayl die Pläne der Reichsregierung zur Änderung der Verfassung bekannt.**

*** Am Montag beginnen neue Verhandlungen über die Bildung einer Preußenregierung.**

*** Infolge der furchtbaren Überschwemmungen in der Mandschurei sind acht Millionen Menschen obdachlos geworden.**

nicht zuletzt Schuld von Verhältnissen im staatlichen Leben, die sich 1919 auch mit der kühnsten Phantasie nicht voraussahnen ließen und mit denen man unter starrstem Festhalten an dem Buchstaben der Verfassung nie hätte fertig werden können. Die außen-, innen-, sozialen und wirtschaftspolitischen Kräfteverschiebungen und -einflüsse fordern daher mit mehr oder weniger Recht so manche Reform. Herr von Gayl nannte hierbei zu allererst die Änderung des Wahlrechts, — und dürfte damit kaum noch auf einen grundsätzlichen Widerspruch stoßen. Freilich hat noch kein Volk hierbei den „Stein der Weisen" gefunden, der nun das vollkommene Wahlrecht schaffen würde. Wahlrechtsreformen sind das ungefähr häufigste in der Verfassungsgeschichte parlamentarisch regierter Völker. Auch eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen dem Reich und Preußen — deutlicher gesagt: zwischen den beiderseitigen Regierungen — im Sinne einer „engeren Gemeinschaft" ist ein Reformvorschlag, der zwar von mancher Seite her stark mißbilligt wird, aber doch auch nur deswegen, weil vorläufig jedenfalls diesem Vorschlag eigentlich noch eine genaue Durcharbeitung bis in die letzten praktischen Folgerungen hin fehlt. Es war ja bemerkenswert, daß der Reichsinnenminister sich deutlich gegen jene Forderungen politischer Natur wandte, die über eine „Verreichlichung" Preußens hinweg zu einer allgemeinen politischen Zentralisierung kommen wollen. Diesem Verlangen widerspricht aber das organische, also historisch gewachsene „staatliche Leben" des deutschen Volkes.

Sehr viel wesentlicher und — aktueller sind aber die beiden anderen „Probleme", die Herr von Gayl in seiner Rede berührt. Man weiß schon aus einem Interview des Reichskanzlers, daß im Reichskabinett der Plan erwogen wird, ein Oberhaus zu schaffen. Aus den Andeutungen, die der Reichsinnenminister hierüber machte, geht nun aber hervor, daß diese „erste Kammer" eigentlich nur darum geschaffen und entsprechend gestaltet werden soll, um der Regierung als Helfer zu dienen, um die Regierung „vor den Folgen der oft durch Stimmungen und Wahlrücksichten beeinflußten Parlamentsbeschlüsse" zu schützen. Das Oberhaus soll „die Stabilität und Folgerichtigkeit der Regierungspolitik gewährleisten". Das kann aber überhaupt nur geschehen, wenn dieses Oberhaus dasselbe „staatspolitische" Gewicht erhalten würde wie der Reichstag, der ja zusammen mit dem Reichspräsidenten unmittelbar auf der eigentlichen Grundlage der Verfassung, nämlich der Souveränität des deutschen Gesamtvolkes steht. Also wird man auch hier erst noch Genaueres über die „Oberhaus"-Pläne abwarten müssen.

Das Wesentlichste und Aktuellste aber an den „Problemen", über die der Reichsinnenminister sprach, war die Ankündigung, daß die Regierung „von den Fesseln formaler Verantwortung mehr als bisher befreit", dafür aber „persönlich um so stärker verantwortlich" werden solle. Jene „formale Verantwortlichkeit" bezieht sich auf die bisherige verfassungsrechtliche Stellung der Regierung bzw. ihrer Mitglieder zum Reichstag, dessen „Vertrauen" ja Reichskanzler und Reichsminister „zu ihrer Geschäftsführung bedürfen". Und mit der „persönlich stärkeren Verantwortung" ist die gegenüber dem Reichspräsidenten gemeint, der den Reichskanzler und mit dessen Zustimmung die Reichsminister „ernennt"; die Reichsregierung soll also durch eine Verfassungsreform wesentlich unabhängiger vom Reichstag gemacht werden, als sie es heute ist. Die Reform zielt mithin auf eine Kräfteverschiebung zugunsten des Reichspräsidenten und der von ihm ernannten Regierung ab, und zwar auch formal-rechtlich. „Präsidialkabinett" oder parlamentarische Regierungsform, — „das ist hier die Frage".

Kurze politische Nachrichten.

In einer Unterredung mit dem sozialdemokratischen Landtagspräsidenten Weckel erklärte der sächsische Innenminister Richter auf die Frage, was die Regierung gegen das Überhandnehmen der Anschlagswelle in Sachsen zu tun gedenke, daß er beschleunigt verschärfte Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung anordnen werde.

*

Der preußische Landtagspräsident Kerrl hat die Anträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten auf alsbaldigen Zusammentritt des Preußischen Landtags dahin beantwortet, daß er den Zeitpunkt des Zusammentritts noch nicht endgültig bestimmen könne; daß aber der Landtag noch vor Beginn der Reichstagstagung zusammentreten werde.

Nur noch „kleinere" Überfälle.

Handgranaten und Schüsse.

In Grünberg in Schlesien wurde gegen das Haus, in dem der Stadtverordnetenvorsteher und sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Karl Lindner wohnt, eine Stielhandgranate geworfen. Die Handgranate, die nicht explodierte, wurde von der Polizei sichergestellt.

In Eutin wurden auf die Geschäftsstelle des Konsumvereins zwei Handgranaten geworfen. Die Inneneinrichtung der Geschäftsstelle wurde vollständig zertrümmerte. Personen sind nicht verletzt worden.

In Kelheim wurden nachts auf die Wohnung des Ortsgruppenleiters der NSDAP., Dr. Donderer, zwei Schüsse abgegeben, die die Fenster zertrümmerten. Donderer blieb unverletzt.

Zu der Ermordung des Kommunisten Konrad Pietzuch in Potempa im Landkreise Gleiwitz teilt die Polizei mit, daß einer der Täter bald nach der Tat festgenommen werden konnte.

Die Waffenschiebungen in Zwickau und Suhl.

In einer Auflagennachricht des preußischen Innenministeriums, die ein Berliner Blatt erhalten hat, wird über die Waffenschiebungen in Zwickau und Suhl amtlich folgendes festgestellt: Unter der falschen Verbuchung als Auslandslieferung haben die Waffenhändler Otto Pochert und Otto Greifelt in Suhl etwa 450 Pistolen und 25 000 Schuß Munition an das Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Kurt Weck in Werdau i. Sa. geliefert. Der Waffenhändler Greifelt ist sozialdemokratischer Stadtverordneter und sozialdemokratisches Kreistagsmitglied und gehört auch dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Mitglied an. Der Waffenhändler Pochert ist offenbar auch Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Um Hitlers Machtumfang

Die Entscheidung bei Hindenburg.

Die Verhandlungen um die Regierungsumbildung im Reich haben sich nun zu dem Punkte hin entwickelt, wo die letzte Entscheidung von dem Wort des Reichspräsidenten abhängig ist. Hindenburg hat die Entscheidung, bei ihm ruht die Macht! Über seine Stellung wurde von zuständiger Stelle noch einmal mit allem Nachdruck folgendes betont:

Der Reichspräsident ist entschlossen, bei den jetzigen Verhandlungen um die Regierungsumbildung an der Linie festzuhalten, die er bei der Berufung der jetzigen Regierung von Papen eingeschlagen hat. Der Reichspräsident will eine Regierung, die parteipolitisch und parlamentarisch unabhängig ist. Das ist also die sogenannte Präsidialregierung. Gleichzeitig wird von zuständiger Seite betont, daß Reichskanzler von Papen im ausdrücklichen Auftrag von Hindenburgs die Verhandlungen wegen der Regierungsumbildung mit den Parteien führt.

Diese Erklärung von zuständiger Seite ist vielfach dahin gedeutet worden, daß sich der Reichspräsident gegen eine Kanzlerschaft Hitlers ausgesprochen habe. Man kann diese Erklärung natürlich auch so deuten, daß der Reichspräsident damit ein

Überwiegen des nationalsozialistischen Einflusses

in einer neuen Regierung ablehnt. Jedenfalls hat die erste Deutung mehr Anklang gefunden und hat dazu geführt, daß die Wahrscheinlichkeit für eine Kanzlerschaft Hitlers etwas geringer eingeschätzt wurde als tags zuvor.

Die nationalsozialistischen Blätter bleiben nach wie vor bei der Forderung, daß Hitler Kanzler werden müsse. Der Angriff, das Blatt der Berliner NSDAP., sagt ganz klar:

Entweder man betraut Adolf Hitler mit der Führung der Regierung oder die NSDAP. sieht sich genötigt, den schärfsten Kampf gegen die Regierung aufzunehmen. Ein Mittelding gibt es nicht. Man soll auch nicht denken — so sagt das Blatt —, daß dies nur die Meinung der Berliner NSDAP. sei; nachdrücklich betont es, daß mit der Berliner Auffassung der Führer in allen Punkten übereinstimme.

Von Hitler selbst

liegt auch eine Äußerung vor, in der er aber seine Absichten nicht darlegt. Diese Erklärung ist im Völkischen Beobachter veröffentlicht und lautet:

„Durch die Presse gehen zur Zeit wieder romanhafte Schilderungen über die „Zersplitterung" innerhalb der Führung der Nationalsozialistischen Partei und die „Opposition", die von einzelnen Führern wie Dr. Goebbels, Gregor Strasser usw. gegen mich betrieben werden soll. Die Nachrichten sind zu dumm, als daß man sie zu demonstrieren brauchte. Ich will hier nur bekanntgeben, daß ich mich nicht in Berlin aufhalte (die Erklärung ist vom 10. August), sondern mich seit Beendigung des Wahlkampfes zusammen mit Dr. Goebbels und den anderen Führern der Bewegung in den bayerischen Bergen befinde. Welche Entschlüsse die Partei für die Zukunft getroffen hat, werden die neugierigen Zeitungsschreiber noch früh genug erfahren."

Wie verlautet, soll Hitler am Freitag in Berlin eintreffen und möglicherweise vom Reichspräsidenten empfangen werden. Vorerst werden die Verhandlungen vom Reichskanzler weitergeführt. Nachdem Herr v. Papen am Mittwoch den deutschnationalen Führer, Dr. Hugenberg, empfangen hatte, ließ er sich am Donnerstagmittag die Auffassung des Zentrums durch dessen Beauftragte, dem Abgeordneten Joos und dem württembergischen Staatspräsidenten Bolz, vortragen. Bezüglich des Zentrums besteht jetzt die Meinung, daß in Kreisen dieser Partei die Neigung an Boden gewonnen habe, mit Hitler zusammen unter gewissen Umständen

eine parlamentarische Regierung

zu bilden. Bekanntlich hätte die NSDAP. zusammen mit Zentrum und der Bayerischen Volkspartei eine Mehrheit im Reichstag. Ein derartiges Bestreben stände allerdings im Widerspruch mit dem ausdrücklich betonten Willen Hindenburgs, daß auch die neue Reichsregierung parlamentarisch unabhängig sein soll.

Die Dinge haben sich also jetzt so zugespitzt: Auf der einen Seite der Wunsch Hindenburgs nach einer parteipolitisch unabhängigen Regierung, auf der anderen Seite die Forderung der Nationalsozialisten, daß Hitler das Kanzleramt erhalte und allein den künftigen Regierungskurs bestimmen soll. Gibt Hitler nach oder läßt er es auf einen Bruch ankommen, so daß der Reichspräsident ganz neue Entschlüsse fassen muß? Das ist die große Frage.

Die Entscheidung wird wahrscheinlich frühestens Ende der Woche fallen. Für Montag haben sich Nationalsozialisten, Deutschnationale und Zentrumsvertreter des Preußischen Landtages zu einer Besprechung über neue Möglichkeiten für eine

Regierungsbildung in Preußen

verabredet. Ursprünglich war die Besprechung für Sonnabend vorgesehen. Aus der Verlegung des Termins kann man schließen, daß man erst die Entscheidung im Reich abwarten will.

Die Haltung des Zentrums.

Joos und Bolz beim Reichskanzler.

Reichskanzler von Papen empfing die Vertreter des Zentrums, den stellvertretenden Parteivorsitzenden Joos und den württembergischen Staatspräsidenten Bolz, in der Reichskanzlei zu einer etwa einstündigen Aussprache.

Über die Stellungnahme des Zentrums

wird uns aus Zentrumskreisen mitgeteilt: „Die Zentrumsabgeordneten knüpften in der Darstellung ihrer Auffassung über die gegenwärtige Lage an die Forderung an, die seinerzeit nach dem Sturz des Kabinetts Brüning der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Kaas, beim Reichspräsidenten erhoben hat: Die sogenannte Totallösung, d. h. die volle verantwortliche Einbeziehung der damaligen Opposition in der Reichsregierung. Nach Ansicht des Zentrums ergebe sich die Notwendigkeit eines solchen Einbaues in Konsequenz des Ergebnisses der letzten Reichstagswahl ganz von selbst.

Das Zentrum müsse absolut klare Verantwortlichkeit verlangen. Dazu gehöre die offene und volle Mitverantwortung der Nationalsozialistischen Partei. Es sei selbstverständlich, daß dabei die strikte Einhaltung verfassungsmäßiger Wege und Methoden gewährleistet und die neue Reichsregierung die loyale Zusammenarbeit mit der Volksvertretung wollen und pflegen müsse. Alles andere führe notwendigerweise auf Abwege und zu Experimenten, die mit der Verfassung nicht mehr zu vereinbaren seien.

In solchem Zusammenhang sehe die Zentrumspartei auch die gegen die frühere preußische Regierung ergriffenen Maßnahmen der Reichsregierung, und sie müsse es ablehnen, für die Folgen auch nur nachträglich die Verantwortung zu übernehmen.

Allein aus dieser Betrachtung ergäbe sich bereits die Unmöglichkeit einer weiteren Existenz des gegenwärtigen Reichskabinetts, da ihm die Grundlagen und Voraussetzungen zu einer vertrauensvollen gesicherten und erfolgversprechenden Arbeit durchaus fehlten. Die Zentrumspartei werde sich positiv verhalten jeder Lösung gegenüber, die unter Ausschluß jeder Parteidiktatur den beiden Grundgedanken der klaren Verantwortlichkeit und des verfassungsmäßigen Weges entspreche."

*

Von zuständiger Stelle lehnte man eine Stellungnahme zu der Auslassung von Zentrumsseite über den Verlauf der Unterredung des Reichskanzlers mit den Zentrumsführern ab. In unterrichteten Kreisen erklärt man jedoch, daß der hier zum Ausdruck kommende Standpunkt der tatsächlichen innerpolitischen Lage in keiner Weise gerecht werde. Sie laufe demzufolge auch der einzig möglichen Folgerung einer von den Parteien unabhängigen Regierung, die der Reichspräsident aus dieser Situation gezogen habe, stracks zuwider.

Zunahme des Schmuggels an der Westgrenze.

Schmugglerbanden von 60 bis 100 Personen.

Der Schmuggel von Lebens- und Genußmitteln an der Westgrenze nahm in den letzten Wochen so bedrohliche Formen an, daß die Behörden nunmehr schärfste Maßnahmen androhen. Gruppen von 60 bis 100 Personen versuchen am hellen Tage den Grenzübertritt zu erzwingen, wobei es täglich zu Zusammenstößen zwischen Schmugglern und Zollbeamten kommt. Bei der Verfolgung werden die Beamten von Freunden der Schmuggler behindert und tätlich angegriffen. Neben den üblichen Waffen dienen neuerdings auch Mülleimer als Wurfgeschosse. In welchem Umfange geschmuggelt wird, geht daraus hervor, daß bei zehn vom Streifendienst gestellten Personen, die einer sechzigköpfigen Schmugglerbande angehörten, allein vier Zentner Waren, hauptsächlich Zucker und Kaffee beschlagnahmt wurden. Unter den zehn Gestellten befanden sich auch einige Frauen, die große Mengen Zucker in besonders dafür eingerichteter Wäsche auf dem Körper trugen.

Im Monat Juli wurden im Bezirk des Landesfinanzamtes Köln 3133 Personen wegen Schmuggels aufgegriffen. Beschlagnahmt wurden 1 162 391 Zigaretten, 23 019 Päckchen Zigarettenpapier und 2081 Kilogramm Rauchtabak.

Auch der Brotschmuggel

hat erheblich zugenommen. Während im Juni 1900 Kilogramm Brot der Beschlagnahme verfielen, waren es im Juli 4332 Kilogramm. Im übrigen wurden noch 7074 Kilogramm Kaffee, 4623 Kilogramm Getreide, 11 041 Kilogramm Müllereierzeugnisse und 21 483 Kilogramm Zucker von den Zollbeamten des Landesfinanzamtes Köln den Schmugglern abgenommen. 173 Fahrräder, 3 Motorräder und 13 Autos, die zur Beförderung des Schmuggelgutes benutzt wurden, sind ebenfalls beschlagnahmt worden.

Im Bezirk des Landesfinanzamts Düsseldorf wurden im Juli 1365 Schmuggelfälle aufgedeckt. Dabei wurden beschlagnahmt 45 000 Zigaretten, 2600 Packungen Zigarettenpapier, 5600 Kilogramm Tabak, 1700 Kilogramm Kaffee, 6000 Kilogramm Getreide, 2700 Kilogramm Müllereierzeugnisse und 900 Kilogramm sonstiger Waren. 191 Fahrräder und 13 Autos wurden den Schmugglern abgenommen.

Haag für Litauen.

Das Urteil im Memelkonflikt.

Der Ständige Internationale Gerichtshof hat am Donnerstagvormittag seine Entscheidung in der Memelklage bekanntgegeben, die in den hauptsächlichsten Punkten zugunsten Litauens ausgefallen ist. Diese Klage wurde am 11. April 1932 von den vier Signatarmächten der Memelkonvention Frankreich, England, Italien und Japan gegen die litauische Regierung beim Haager Gerichtshof eingereicht, so daß der Prozeß trotz der litauischen Verschleppungstaktik in genau vier Monaten zu Ende geführt werden konnte. Vor allem handelte es sich um die Entlassung des Präsidenten des Direktoriums, des kürzlich verstorbenen Präsidenten Böttcher, und die Ernennung des litauischen Präsidenten Simaitis sowie um die darauf folgende Auflösung des Memeler Landtages.

Mit 10 gegen 5 Stimmen hat der Haager Gerichtshof entschieden, daß

1. der Gouverneur des Memelgebiets das Recht hat, den Präsidenten des Direktoriums in besonderen Fällen abzusetzen,

2. daß die Absetzung des Präsidenten des Direktoriums nicht die Außerkraftsetzung der Funktionen der übrigen Mitglieder des Direktoriums in sich schließt,

3. daß die Absetzung Böttchers ordnungsgemäß ist.

Ferner hat der Gerichtshof festgestellt, daß die Zusammensetzung des Direktoriums Simaitis ordnungsgemäß war, daß aber die Auflösung des Memelländischen Landtages am 22. März 1932 nicht ordnungsgemäß gewesen ist.

Lokales und Provinzielles

Halver, den 12. August 1932.

Mariä Himmelfahrt (15. August).

Die katholische Kirche kennt eine große Anzahl Feste, die zu Ehren der Mutter Jesu angeordnet sind. Sie unterscheidet jedoch zwischen den größeren Marienfesten,

Führerkonferenz des Westdeutschen Handwerks

Die Handwerkskammern von Rheinland und Westfalen, Lippe und Hessen-Nassau traten am 3. August in Arnsberg zu wichtigen Beratungen zusammen. Im Vordergrund der Beratungen stand ein Referat über die Verkaufsschulung im Handwerk. Der Referent führte u. a aus, daß Art und Umfang des Umsatzes des Einzelbetriebes nicht nur davon abhängig sei, ob für die betreffenden Leistungen ein Bedürfnis bestehe, sondern auch von der Art und Weise wie der Verkaufsakt, d. h. der unmittelbare Austausch zwischen Erzeuger und Verbraucher durchgeführt wird. Der steigende Wettbewerb führe zwangsläufig nicht nur den reinen Handwerksbetrieb, sondern auch die Geschäfte, die Fabrikerzeugnisse mit vertreiben, zu einer planmäßigen Pflege des Verkaufsgeschäftes. Eine systematische Verkaufsschulung der Meister, der mithelfenden Gesellen, der Angestellten und der im Geschäft tätigen Familienangehörigen sei anzustreben, damit der Handwerker, der im Gegensatz zum Händler Selbsterzeuger der zu vertreibenden Ware ist, die wirtschaftlichen, technischen und künstlerischen Qualitäten der handwerklichen Leistungen so beurteilen und darstellen könne, daß der Käufer ihren Gebrauchs- und Verkaufswert tatsächlich erkennen kann und sich zu einem Kauf entschließt. Es wurde beschlossen, für den Bereich der Westdeutschen Kammern einen Kursus einzurichten, in dem Lehrkräfte für die Unterrichtung der Handwerker auf diesem Gebiete herangebildet werden sollen.

Zu der Frage Handwerk und freiwilliger Arbeitsdienst stellte die Konferenz folgende Forderungen auf: Der freiwillige Arbeitsdienst darf nicht zu einem Einbruch in die private Bautätigkeit, nicht zu einem Kollektivsystem auf dem Baumarkt führen; die Arbeitsräume des Arbeitsdienstes sind klar abzugrenzen; den amtlichen Berufsvertretungen ist gegenüber den Präsidenten der Landesarbeitsämter, die als Bezirkskommissare fungieren, ein Anhörungs- bezw. Einspruchsrecht zu geben; in den zu bildenden Beiräten muß das Baugewerbe Sitz und Stimme haben. Im übrigen sei der Arbeitsdienst eine Notmaßnahme, die als solche zu bewerten und bei Aufhören des Bedürfnisses wieder zu beseitigen sei.

Schließlich befaßte sich die Konferenz mit der Frage der Mobiliar-Zwecksparkassen. Aus den Ausführungen des Referenten ging hervor, daß die Sicherheitsfrage für die Mobiliar-Zwecksparkassen überhaupt nicht einwandfrei geregelt werden könne und daß mit dem Mobiliar-Spargeschäft stets ein übermäßig großes Risiko verbunden sei. Die Notwendigkeit beim Mobiliar-Zwecksparen, die Kreditfähigkeit und Kreditwürdigkeit der Sparer eingehend zu prüfen, führe dazu, daß die Unkosten des Geschäfts außerordentlich hoch würden. Die Frage, ob für das Mobiliar-Zwecksparen überhaupt ein Bedürfnis bestehe, wurde von dem Berichterstatter verneint. Dieser wandte sich mit Entschiedenheit dagegen, daß die Zwecksparkassen nicht nur Finanzierungsgeschäfte betreiben, sondern auch in das Warengeschäft eingreifen. Zusammenfassend vertrat der Berichterstatter die Ansicht, daß mit Rücksicht auf die großen Gefahren, die mit dieser Art von Zwecksparkassen verbunden seien, das Mobiliar-Zwecksparen im Interesse der Allgemeinheit verboten werden müsse.

Die Spritbeimischung.

Die neue Verordnung über den Bezug von Spiritus zu Treibstoffzwecken.

Im Reichsgesetzblatt ist, wie amtlich mitgeteilt wird, eine neue Verordnung der Reichsregierung über den Bezug von Spiritus zu Treibstoffzwecken. Die jetzt gültige Regelung beruht auf der Verordnung der Reichsregierung vom 19. September 1931. In dieser Verordnung heißt es im § 1: Wer Treibstoff aus dem Zollausland einführt oder im Zollinland herstellt, ist verpflichtet, von der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein eine Menge Spiritus zu beziehen, die vier Prozent des Eigengewichts der eingeführten oder im Zollinland hergestellten Treibstoffmenge entspricht, wenn der Treibstoffspiritus 70 Mark je Hektoliter Weingeist beträgt. Die Spirituspflichtmenge erhöht oder ermäßigt sich für je 10 Mark, um die der Treibstoffspirituspreis niedriger oder höher ist als 70 Mark, um ein Prozent der Treibstoffmenge. Da zur Zeit der Preis für Treibstoffspiritus 20 Mark beträgt, war der prozentuale Anteil von Spiritus demnach von vier um zwei Prozent auf sechs Prozent zu erhöhen. Die neue Verordnung der Reichsregierung läßt es bei dieser Verkoppelung des Prozentsatzes mit dem Preis des Treibstoffspiritus bestehen, erhöht aber unter bestimmten Voraussetzungen den jeweils anzuwendenden Prozentsatz um vier Prozent, so daß bei einem Preis von 70 Mark acht Prozent und bei einem Preis von 50 Mark zehn Prozent von der Monopolverwaltung zu beziehen sind.

Die Voraussetzung, unter der die Erhöhung des Prozentsatzes eintritt, ist die, daß der durchschnittliche Branntweinpreis nicht mehr als 48,30 Mark beträgt. Zur Zeit ist dieser durchschnittliche Grundpreis höher. Daraus folgt, daß die Verordnung erst praktisch wirksam werden kann, wenn der Beirat der Monopolverwaltung die Branntweinpreise neu festgesetzt hat, und zwar so, daß im Durchschnitt der Betrag von 48,30 Mark nicht überschritten wird.

Besonders hervorzuheben ist, daß das Petroleum von der Neuregelung ausgenommen ist. Bei einem Bezug von Petroleum bewendet es sich also bis auf weiteres bei den alten Prozentsätzen, auch wenn der Beirat der Monopolverwaltung einen durchschnittlichen Branntweingrundpreis festsetzt, der 48,30 Mark nicht überschreitet. Was unter Petroleum zu verstehen ist, ist in der Verordnung näher bestimmt. Der Reichsminister der Finanzen ist allerdings berechtigt, die Ausnahme für Petroleum zu beseitigen, wenn festgestellt werden sollte, daß Petroleum in zunehmendem Umfange zu Treibstoffzwecken verwendet wird.

Die Neuregelung hat den Zweck, sowohl im Interesse der Reichsfinanzen wie im Interesse der Landwirtschaft die Monopolverwaltung von ihren überhöhten Beständen an Branntwein beschleunigt zu entlasten. Dabei mußte jedoch zweierlei berücksichtigt werden, einmal, daß die Monopolverwaltung keinen Verlust erleidet, und zweitens, daß der bisherige Treibstoffspirituspreis von 50 Mark erhöht wird. Durch einen bilanzmäßigen Verlust der Monopolverwaltung wäre mehr oder weniger der Vorteil aufgehoben, den die Reichsfinanzen kassenmäßig erfahren, und durch die Erhöhung des Treibstoffspirituspreises von 50 Mark wäre der Kraftverkehr in einem Maße belastet worden, das zu den Vorteilen der großen Aktion nicht mehr im richtigen Verhältnis steht. Aus diesen Gründen mußte das Wirksamwerden der erhöhten Spiritusbeimischung davon abhängig gemacht werden, daß die Landwirtschaft sich mit einem etwas niedrigeren Grundpreis begnügt, als er bisher gezahlt werden konnte.

Der Strassenbau Lüdenscheid-Rummenohl.

Presse-Angriff und Erwiderung der Amtsverwaltung Lüdenscheid.

In der Angelegenheit des Straßenbaues Lüdenscheid—Rummenohl sind vor einigen Tagen in einem Blatte Beschuldigungen gegen die frühere Leitung der Amtsverwaltung erhoben worden. U. a. war gefragt worden, ob es richtig sei, daß für mehrere hunderttausend Mark die Belege fehlen und ob weiter die Stadt Lüdenscheid aus diesem Grunde die weiteren Zahlungen für den Bau der Straße eingestellt habe. Hierzu nimmt die Amtsverwaltung Lüscheid in einer Presseveröffentlichung Stellung, in der es heißt:

„Der Finanzierungsplan des im Jahre 1927 bis 1929 von Stadt und Amt Lüdenscheid gemeinsam durchgeführten Straßenbaues Lüdenscheid—Rummenohl schloß mit einer Gesamtsumme von 740 000 RM ab. Der Gesamtaufwand für den Straßenbau überschritt diesen Voranschlag nicht unwesentlich. Im Verlaufe der Bauzeit traten Schwierigkeiten hervor, die die Ueberschreitungen verursacht haben. Inzwischen hat sowohl eine Nachprüfung des gesamten Bauwerkes durch technische Sachverständige als auch eine formelle und materielle Prüfung aller mit dem Bauunternehmen im Zusammenhang stehenden Geschäftsvorfälle stattgefunden. Das Ergebnis dieser durch eine neutrale Stelle den Revisionsverband des Westf. Städtebundes — vorgenommene Prüfung der Rechnung des Straßenbauunternehmens liegt der Stadt- und Amtsverwaltung vor. Die Körperschaften der an dem Straßenbau als Unternehmensträger beteiligten Amtskommunalverbände, die Stadt und Amt Lüdenscheid, werden sich in aller Oeffentlichkeit mit diesem Prüfungsbericht zu befassen haben. Soweit hier bekannt, hat der Magistrat der Stadt Lüdenscheid hierzu bereits Stellung genommen. Die Abrechnung und Auseinandersetzung unter den beteiligten Unternehmensträgern stößt insofern auf gewisse Schwierigkeiten, als seitens der Stadt Lüdenscheid eine Reihe von Beanstandungen erhoben werden, die sich gegen die Abwicklung der kassenmäßigen Geschäfte wie auch gegen die anteilige Belastung für Zinsen und Teilanlagen der Bauwerke richten. Stadt- und Amtsverwaltung haben in wiederholten schriftlichen und mündlichen Verhandlungen zu diesen Fragen eingehend Stellung genommen. Auch die Kreisverwaltung, die bei der Vorbereitung und Durchführung des Straßenbaues mitgewirkt hat, ist an diesen Verhandlungen beteiligt worden. Die Unternehmensträger werden die Aufklärung aller hiermit zusammenhängenden Fragen und die endgültige Abwicklung des Straßenbauunternehmens beschleunigen. Soweit der Prüfungsbericht des Revisionsverbandes des Westf. Städtebundes erkennen läßt, liegen einzelne Unstimmigkeiten vor. Die Stadtverwaltung vertritt den Standpunkt, daß sie vor endgültiger Abrechnung und Auseinandersetzung die sich ergebenden Zahlungsverpflichtungen, insbesondere aus dem Schuldendienst des Reichs- und Staatsdarlehns, nicht anerkennen und leisten kann. So wird sich aus dem Revisionsbericht in Verbindung mit dieser Stellungnahme der Stadtverwaltung die notwendige Aufklärung, auf die die Oeffentlichkeit selbstverständlich einen Anspruch hat, von selbst ergeben."

Die Anschuldigungen, die in dem eingangs erwähnten Presseartikel erhoben wurden — der die Ueberschrift trug: „Sklarek-Skandal in der Landgemeinde Lüdenscheid" — bezeichnet die Veröffentlichung der Amtsverwaltung als erheblich über das Ziel hinausschießend. Mit diesen Schlagzeilen werde eine Beunruhigung in die Oeffentlichkeit hineingetragen, die völlig unbegründet sei und zu der keine Veranlassung vorliege. Das sollte gerade in der heutigen Zeit mit ihren Unruhen und Wirren vermieden werden.

Was wird aus der Kohle?

Von Prof. Dr. Fritz Hofmann.

Als Licht, Wärme und Kraft — in diesem Dreiklang von wunderbarer Harmonie — bieten die fossilen Energieträger Erdgas, Erdöl und Kohle der Menschheit ihre unschätzbaren Gaben dar. Aber die Kohle ist die größte unter ihnen. Als wollte sie das in einem Jahrmillionen dauernden Schlummer Versäumte wieder nachholen, so überschüttet sie uns, und sie hat Edelqualitäten genug, um Hohes gewähren zu können. Fast versteinert ist die Form, in der sie sich den Erben darbringt. Selbst für den Chemiker, dessen wichtigsten organischen Rohstoff sie darstellt, ist sie bis auf den heutigen Tag in vielem noch voller Rätsel.

Von ihnen haben wir einige lösen können. Nichts von dem, was die Technik als „Kohlederivate" braucht, findet sich vorgebildet in der Kohle, kein Benzol und kein Naphtalin; es fehlen ihr Karbolsäure, Ammoniak und Anilin. Erst durch Hitzezertrümmerung in der Kokskammer, in der Gasanstaltsretorte oder dem Generator wird das Heer der Kohlenebenprodukte dem schwarzen Schoße der Mutter entbunden, nun freilich ein eigenes Leben beginnend, das selbst Dichterphantasie nicht bunter und gestaltenreicher ersinnen könnte.

In Kohlegasen und in ihren Teeren sammeln sich jene Stoffe an, aus welchen die hochentwickelte organisch-chemische Technik mit allen ihren Unter- und Nebenabteilungen so erfolgreich schöpft. Ohne Kohlenforschung im weitesten Sinne hätten wir kein Aspirin und kein Pyramidon, kein Salvarsan und kein Germanin. Ohne sie müßten wir das bunte, leuchtende Spiel der Anilin- und Alizarinfarben entbehren wie unsere Altvorderen, die seine Farbenwunder noch nicht kannten. Wir wüßten auch nichts von jenen selbst im schärfsten Mikroskop uns noch unsichtbar bleibenden bakteriellen Würgern, so vom Tuberkelbazillus, wenn nicht dem suchenden Auge eines Robert Koch die vitalen Farbstoffe zu Hilfe gekommen wären. Weit war der Weg vom lichtempfindlichen Marvein bis zum unverwüstlichen Indanthren, bis zum Indigo und zum künstlichen Purpur. Großes hatte die Forschung zu vollbringen von den ersten gleichsam noch tastenden Schritten, als sie die synthetischen Fieberbekämpfer fand bis zu jener Stunde der Reife, wo ihr der Aufbau des Nebennierenhormons Suprarenin aus Brenzcatechin gelang.

Feiner und immer feiner formt chemische Kunst die Kohlenabkömmlinge um. Wo liegen ihre Grenzen? Die Süßstoffe, wohl sind sie Ersatzmittel, doch sie halfen uns in der Zuckernot des Krieges, sie machen dem Stoffwechselkranken seine streng geregelte Kost erträglicher. Die Wunder der Kamera wäre ohne Entwickler, ohne Verstärker oder Abschwächer des Negativs nimmer das geworden, was sie für Lichtbildkunst und Kinoaufnahmen uns heute bedeuten. Am Kohlestammbaum finden sie mit Recht ihre Stelle. Heliotrop und Waldmeisterduft, das Aroma der Vanilleschote wie den Phenylaethylalkohol, einen wesentlichen Anteil des Rosenöls, bereitet die Riechstoffindustrie aus Abkömmlingen der Kohle. Der Landwirt, der Winzer, der Obstzüchter holen ihre wirksamsten Schädlingsbekämpfer aus ihrem unerschöpflichen Reservoir.

Doch schon zeigt sich in diesem Kaleidoskop ein neues Bild! Das kämpfende Heer entlehnt von Kohlederivaten die mörderische Pikrinsäure und das nicht minder verderbenbringende Trinitroluol als Granatenfüllung. Neben diese Stoffe der Vernichtung tritt als wachstumfördernde Ackernahrung das Ammonsulfat, tritt der künstliche Salpeter, treten die synthetischen Betriebsstoffe, die Benzine, treten Kohlebenzol und Schmieröle, Lösungsmittel und Kunstharze und endlich der künstliche Kautschuk.

So umwogt uns eine Fülle der Gesichte, auferstanden aus der Sonnenenergie, die wie heute so vor Urzeiten auf unseren Erdenstern herniederstrahlte.

Die Anlage von Radfahrwegen.

Die Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau hat für die Anlage von Radfahrwegen die nachstehenden Richtlinien herausgegeben:

Das ungeheure Anwachsen des Radfahrverkehrs verlangt Berücksichtigung bei Planung und Einteilung von Straßen durch Schaffung besonderer Radfahrwege. Es ist anzustreben, den Radfahrverkehr von der Fahrbahn verkehrsreicher Straßen fernzuhalten und ihm besondere Wege zuzuweisen. Die Radfahrwege sollen grundsätzlich nicht gleichzeitig dem Fußgängerverkehr dienen. Der Gesamtverkehrsplan muß den Bedürfnissen des Radfahrverkehrs der erwerbstätigen wie der Erholung suchenden Bevölkerung entsprechen. Für den Berufsverkehr sind Radfahrwege für den täglichen Verkehr von den Wohn- und Siedlungsgebieten zu den Arbeitsstätten, für den Erholungsverkehr solche aus dem Stadtinnern und aus den Wohngebieten zu den Parkanlagen und Wäldern, nach Sport- und Spielplätzen, nach Seen und Flüssen erforderlich. Da der Radfahrverkehr nicht nur Stadt- und Vorort-, sondern im hohen Maße auch Nachbarortsverkehr ist, so ist der Gesamtplan von vornherein genügend umfassend aufzustellen. Umwege für den Radfahrverkehr, die zur Sicherung eines ungehinderten und reibungslosen Verkehrs sich nicht vermeiden lassen, sind dabei nicht zu scheuen. Der Entwurf des Gesamtplans ist so zu gestalten, daß das Zusammentreffen von Radfahrern in großen Mengen an einzelnen Verkehrspunkten vermieden wird. Radfahrwege, die nur wenige hundert Meter lang sind, sind wertlos. Die im Rahmen des Gesamtplans erforderlichen Radfahrwege sind wie folgt anzuordnen:

a) In den vorhandenen Straßen sind, soweit die örtlichen Verhältnisse es gestatten, besondere Radfahrwege, unter Umständen unter angemessener Einschränkung der Geh- und Fahrbahn, anzulegen; sie sind grundsätzlich als erhöhte, durch Bordsteine abgegrenzte Streifen, und zwar mit mindestens 1 Meter nutzbarer Breite für den Verkehr in einer Richtung anzuordnen. Falls die Benutzung des Radfahrweges in beiden Richtungen nicht zu vermeiden ist, soll seine Breite nicht unter 1,50 Meter betragen. Ist ein Radfahrweg nur an einer Straßenseite möglich, so soll er grundsätzlich auf dieser Seite verbleiben, um Unfälle beim Kreuzen der Fahrbahn zu vermeiden. Läßt sich ein Wechsel der Lage nicht umgehen, so ist er an eine Straßenkreuzung zu legen. In Straßen, in denen die Anlage besonderer Radfahrwege wegen Platzmangels, wegen Höhe der Kosten oder aus anderen Gründen nicht möglich ist, sind für den Radfahrverkehr möglichst 80 Zentimeter breite Radfahrstreifen zu beiden Seiten der Fahrbahn neben der Straßenrinne vorzusehen. Diese Streifen sollen mit Baustoffen befestigt werden, welche eine glatte und ebene Bahn ermöglichen, dabei aber das Gleiten ausschließen.

b) Neuanzulegende Verkehrsstraßen sind grundsätzlich mit Radfahrwegen, die gegen den Fahrdamm erhöht zu halten sind, beiderseitig für jede Fahrtrichtung zu versehen.

Haupt- und Nebenlandstraßen mit starkem Radfahrverkehr müssen zur Aufnahme dieses Verkehrs, der sich vielfach auf 20 bis 40 Kilometer Entfernung von der Großstadt erstreckt, zweckentsprechend eingerichtet sein. Dieser Radfahrverkehr muß sich neben dem Kraftwagen- und anderen Fuhrwerksverkehr ungehindert und gefahrlos abwickeln können. Neben dem befestigten, dem allgemeinen Fahrverkehr dienenden Fahrdamm ist für beide Richtungen je ein Verkehrsstreifen von mindestens 1 Meter nutzbarer Breite als Radfahrweg anzulegen. Soweit die Landstraßen in ihrer nutzbaren Breite zwischen den Baumreihen für die gleichzeitige gefahrlose Aufnahme des Kraftwagen- und Radfahrverkehrs nicht ausreichen, sind besondere Radfahrwege außerhalb der Baumreihen anzulegen. Vielfach ist hierzu die von den offenen Seitengräben in Anspruch genommene Fläche verwendbar. Die Deichwege und die häufig an den Eisenbahnen entlang führenden Feuergräben (Wundstreifen) sind als Radfahrwege tunlichst freizugeben, zumal durch ihre Benutzung für diese Zwecke die Beaufsichtigung auf ihnen verbessert und so ihre Bedeutung erhöht wird. Die zwischen einzelnen Ortschaften bestehenden unmittelbaren Verbindungswege sind für den Radfahrverkehr möglichst freizugeben und entsprechend zu befestigen.

Die gesetzlichen und polizeilichen Bestimmungen für den Radfahrverkehr sind auf ein Mindestmaß zu beschränken, und zwar auf Beleuchtung, Rückstrahler, Klingel und Zwang zur Benutzung vorhandener und als solche kenntlich gemachter Radfahrwege sowie Überholen. Die Beachtung der Bestimmungen ist besonders zu überwachen.

Not der Baumschulen.

Wenn wir im Schatten der großen, breiten Alleen spazieren oder zwischen blühenden Rosenbeeten und unter wundervollen Gartenbäumen lustwandeln, denken wir nur zu wenig darüber nach, daß nicht die Natur allein diese grüne und bunte, diese erfrischende Pracht schuf, sondern daß menschliche Sorge und Kunst ihr Lebenskraft gab und

die in der ganzen Kirche gefeiert werden, und zwischen kleineren Marienfesten, die man nur an einzelnen Orten oder in einzelnen Ländern festlich begeht. Drei von den hohen Marienfesten sind von Luther mit der Begründung, daß sie biblischen Grund hätten, auch für die evangelische Kirche beibehalten worden, aber im Laufe der Jahrhunderte ist man hier ganz von ihnen abgekommen; wo man sie noch feiert, verlegt man sie auf einen benachbarten Sonntag.

Das größte der Marienfeste ist das auf den 15. August fallende Fest Mariä Himmelfahrt, das ursprünglich Fest Mariä Schlaf (d. h. Mariä Tod) hieß und der leiblichen Aufnahme der Gottesmutter in das himmlische Reich gilt. In vielen Gegenden wird es „der große Marientag" genannt; der Volksmund aber nennt es „Mariä Kräuterweihe" oder „Unserer Lieben Frauen Würzweihe". An Mariä Himmelfahrt werden nämlich Kräuterbüschel in der Kirche geweiht, und diese sogenannten „Sangen" gelten als heilkräftig und schützen das Haus vor Blitzschlag und Beherzung. Mit Mariä Himmelfahrt beginnt in der katholischen Kirche der „Frauendreißigst" oder die „Dreißigtage". Es ist die Zeit, in der die ganze Natur dem Menschen hold ist, in dem die giftigen Tiere ihr Gift verlieren, in dem wohltätige Pflanzen ihre höchste Kraft entfalten und sich besonders nützlich erweisen. Da man in der katholischen Kirche den Bildern der Maria vielfach eine wundertätige Kraft zuschreibt, versammeln sich an den Marientagen und besonders auch an Mariä Himmelfahrt an vielen Wallfahrtsorten unzählige Scharen, um durch Verehrung der Muttergottesbilder Heilung von allerlei Leid und Not zu erlangen. In südlichen Ländern wird das Fest Mariä Himmelfahrt mit großer Pracht und großem Jubel gefeiert. Es führt dort den Namen „Assumtion" (vom lateinischen „assumptio", Aufnahme, Erhebung), und Asuncion, die Hauptstadt des jetzt vielgenannten Landes Paraguay, heißt nichts anderes als Himmelfahrt Mariä (eigentlich Nuestra Senora de la Asuncion).

—* **Ferienreisen der Schiller-Akademie.** Die Schiller-Akademie veranstaltet im Verfolg ihrer kulturellen Bestrebungen diesen Sommer und Herbst eine Reihe von allgemein zugänglichen Studienfahrten und Ferienreisen mit günstig gelegenen Ausgangspunkten und unter bester wissenschaftlicher Leitung und Führung. Besonders hervorgehoben sei eine Studienfahrt nach Athen—Konstantinopel, die in mehrtägigen Aufenthalten genügend Zeit zur näheren Bekanntschaft mit den vielen Schönheiten und Sehenswürdigkeiten dieser Städte gibt und als bequeme Seereise auch länger Catania, Neapel und Marseille berührt, von wo aus ein mehrtägiger Autoausflug durch Südfrankreich nach Avignon und Nimes führt. Ausführlichen Prospekt zu diesen ebenso preiswerten als interessanten, allseits unterstützten Fahrten versendet gegen Briefporto kostenlos die Verwaltung der Schiller-Akademie. München 51.

Halver

—0 **Erneuter Einbruchsdiebstahl.** In der vergangenen Nacht wurde in die Bahnhofswirtschaft und die Reichsbahnstation Anschlag abermals eingebrochen. Die Täter verschafften sich mit Nachschlüsseln oder Dietrichen Eingang. Eine Tür, die auf diese Weise nicht zu öffnen war, wurde gewaltsam erbrochen. In dem Stationsraum wurde versucht, den Wandgeldschrank zu öffnen; dieses mißlang jedoch. In der Bahnhofswirtschaft fielen den Dieben Tabakwaren, Schokolade und sonstige Genußmittel in größeren Mengen in die Hände. Die Polizei ist bemüht, die Täter zu ermitteln.

—:! Einen **seltenen und denkwürdigen Gedenktag** zu begehen war Herr Pastor i. R. D. Dresbach jüngst vergönnt. Als ganz junger Hilfspfarrer kam er am 15. September 1880 nach Ahlen, unweit Hamm. Er wirkte hier bis zum Frühjahr 1882. Ahlen war damals eine ganz kleine evangelische Gemeinde, deren Glieder zum Teil weit zerstreut wohnten. 1886 waren es etwa 300 Seelen, 1880 mochten es noch kaum die Hälfte sein. Später wuchs die Gemeinde durch den Strontionitbergbau, heute umfaßt sie mehr als 6000 Seelen. Trotz der langen Jahrzehnte ist Herr Pastor D. Dresbach dieser seiner Erstlingsgemeinde in treuer Anhänglichkeit immer verbunden geblieben. Das alte Freundschaftsband wurde in schöner sinniger Weise erneut. Als das Presbyterium Ahlen jüngst an seinen alten Pfarrer, der in Bad Hamm zur Kur weilte, mit der Bitte herantrat, nach 50 Jahren wieder dort gleichsam einen Jubiläumsgottesdienst zu halten. Herr D. Dresbach konnte sich dieser Bitte nicht verschließen. Er wurde vom Vorsitzenden des Presbyteriums feierlich begrüßt, vor allem auch von einer großen Gemeinde, die sich versammelt hatte. Der Vorsitzende überreichte ihm eine Denkschrift: „Evangelische Kirchengemeinde Ahlen". Besonders bemerkenswert war, daß dem Presbyterium drei Mitglieder angehörten, die 1880 schon Glieder der Gemeinde Ahlen waren.

Kreis-Reiterturnier 1932.

Nur noch wenige Tage trennen uns von dem diesjährigen Turnier des Reit- und Fahrvereins des Kreises Altena. Die bisher erfolgten Nennungen lassen eine stattliche Reiterzahl aus den Kreisen Altena, Hagen, Lennep, Köln und Mülheim erwarten. In diesem Jahre ist auch eine Dressurprüfung für Reitpferde Kl. M. ausgeschrieben, zu der auch Nennungen erfolgt sind. Insbesondere reiten in dieser Klasse die Schutzpolizei des berittenen Zuges in [illegible]gen, sowie Reiter aus dem Landkreise Köln. Die Reitabteilung Halver hat mit ihrer gewohnten Sorgfältigkeit so ziemlich alle Vorbereitungen getroffen, um das Turnier mustergültig aufzuziehen. In Reiterkreisen, auch darüber hinaus, bei dem Provinzialverband ist es längst bekannt, daß es hier in der engeren Heimat kaum einen besseren Turnierort gibt als Halver. Und die rheinischen und westfälischen Reiter kommen gern nach Halver, nicht allein aus reiterlichen Gründen, nein, das schmucke Dorf und die freundliche Aufnahme seitens der Bevölkerung tun ein Uebriges. Ganz besonders aber ist es die alte treue deutsche Kameradschaft, die die jungen und alten Reiter aneinanderkettet und immer wieder zusammen kommen läßt. Ja, die Reitabteilung Halver hat auch in der Wahl der Preise sich von dem Gedanken tragen lassen: Für gute Leistung — schöne Preise. Unterstützt von bekannten Persönlichkeiten, wie Kaiser Wilhelm II., Kronprinz Wilhelm, Generalfeldmarschall von Hindenburg usw. haben es möglich gemacht, historisch wertvolle Preise zu vergeben.

Um eines bittet die Reitabteilung Halver die heimische Bevölkerung herzlich: „Fahnen heraus!" Helft mit den Turnierplatz Halver mit Zuschauern umsäumen. Der Festzug erfaßt alle Straßen, alle sollen die schmucken Reiter sehen und sich von ihrem Können überzeugen.

Hoffentlich ist der Wettergott auch wie immer den Reitern hold, dann ist um den würdigen Verlauf des Turniers nichts zu befürchten.

—:: **Oberbrügge.** Eine Hagener Firma ließ durch einen Gerichtsvollzieher einen gepfändeten Herd aus einer verschlossenen Wohnung schaffen. Als der Wohnungsinhaber vom Arbeitsamt zurückkam, sah er, daß seine Wohnung mit Gewalt geöffnet worden war. Der Gerichtsvollzieher hatte sich inzwischen entfernt, aber der Wagen mit dem Herd stand noch vor einer Wirtschaft, als sich schnell ca. 20 Personen zusammenrotteten, die den Herd von dem Wagen luden und ihn wieder an Ort und Stelle brachten, von wo er fortgeschafft war.

Breckerfeld

—f Von einem **wütenden Bullen auf der Weide angegriffen** wurde vor einigen Tagen eine hiesige Landwirtsfrau. Das Tier wollte, die sich in höchster Gefahr befindliche Frau auf die Hörner nehmen. Hinzueilende Angehörige konnten im letzten Augenblick mit Gewaltmitteln den Wüterich abhalten, wodurch ein schweres Unglück vereitelt wurde.

Kierspe

—= Am **Missionsfeste** hält den Hauptgottesdienst Herr Missionar Meisel aus Gelsenkirchen, des Nachmittags um 4 Uhr in der Kirche die Ansprache bei der Nachfeier Herr Pfarrer Stommel aus Halver, und den Missionsbericht Herr Missionar Meisel. Die Kirchenchöre wirken mit. Die Nebengottesdienste in Bollwerk und Kierspe-Bhf. fallen aus. Die Gemeinde wird herzlichst eingeladen.

—b **Bollme.** Am Donnerstag Nachmittag, als an der Jubachtalsperre wieder ein äußerst reger Badebetrieb herrschte, befuhren auch einige Damen und Herren mit einem Kahn die Talsperre. Plötzlich wollen dieselben in unmittelbarer Nähe des Kahnes gesehen haben, daß ein Schwimmer, der sich in der Sperre aufgehalten hatte, mehrmals auf- und abtauchte und dann in die Tiefe versank. Man rief sofort Hilfe herbei und auch in kurzer Zeit waren sowohl die Sicherheitsbeamten aus Kierspe-Bhf. als auch Mannschaften der Freiw. Feuerwehr Bollme und der Sanitätskolonne zur Stelle. Trotzdem man bis in die Abendstunden die Sperre an der fraglichen Stelle absuchte, fand man keine Spur von einem Ertrunkenen. Auch Kleider wurden am Ufer der Sperre bisher nicht gefunden. — Vom Tode des Ertrinkens konnte am Donnerstag Nachmittag eine junge Dame bewahrt werden. Als eine Anzahl junger Leute von hier, die in der Sperre gebadet hatten, sich ans Ufer legten, bemerkte einer derselben, daß im Wasser eine Schwimmerin unterging. Einer der jungen Leute sprang sofort ins Wasser und gelang es ihm, die bereits abgesackte Dame ans Land zu bringen. Nur wenige Sekunden und wiederum wäre ein blühendes Menschenleben der Sperre zum Opfer gefallen. Auch in diesem Falle handelte es sich wiederum um eine des Schwimmens unkundige Dame. Trotzdem neuerdings große Warnungstafeln aufgestellt worden sind, auf welchen vermerkt ist, daß Nichtschwimmer die Sperre nicht benutzen dürfen, muß man immer wieder feststellen, daß diese Warnungen nicht befolgt werden.

*

— **Schwelm. Spinale Kinderlähmung in Schwelm.** In Schwelm sind in letzter Zeit 6 Fälle von spinaler Kinderlähmung aufgetreten. Es besteht die Gefahr, wenn nicht alle Vorsichtsmaßregeln angewandt werden, daß die Krankheit sich weiter verbreitet. Es wird den Eltern dringend geraten, genau ihre Kinder zu beobachten und bei jedem verdächtigen Krankheitsfall sofort den Arzt heranzuziehen.

Schwelm. Erneuter Versuch, den Kanal zu durchschwimmen. Der bekannte Langstreckenschwimmer Fischer von hier ist gestern morgen zum Kanal abgereist, um die Durchschwimmung des Kanals, die im letzten Jahre wegen der schlechten Witterung nicht glückte, erneut zu versuchen.

pn. **Gevelsberg. Bürgschaftsskandal in Gevelsberg. Die Stadt soll zum Bankerott getrieben werden.** In der gestrigen Stadtverordnetensitzung kam die Angelegenheiten der im Jahre 1927 bis 1929 gegebenen Bürgschaften zu einer eingehenden Debatte. Bürgermeister Rappold gab das bisherige Untersuchungsergebnis bekannt. Insgesamt wurden von einer viergliedrigen Kommission in 67 Fällen 2 763275 RM Bürgschaften übernommen. Infolge Zahlungseinstellungen verschiedener Firmen wurde die Stadt in vielen Fällen in Anspruch genommen. In einem Falle wurde gegen die Stadt die Zwangsvollstreckung erfolglos betrieben, weil der Bezirksausschuß die Zulassung abgelehnt hatte. In einem anderen Falle wird das gleiche angestrebt, mit dem Ziele, den Konkurs der Stadt herbeizuführen. Die Stadtverordnetenversammlung hat von all den Bürgschaften nichts gewußt, die Kommission hat allein die Bürgschaften vergeben. Zweimal hat der Regierungspräsident gewarnt, doch ist dies ungeachtet geblieben. Die vorgenommenen Prüfungen ergeben ein geradezu verhängnisvolles Ergebnis. Eine Reihe von Firmen war bereits vor Vergebung der Bürgschaften zum größten Teil durch eigenes Verschulden zusammengebrochen. Bei manchen fehlte es überhaupt an einer richtigen Kalkulation oder an einwandfreien Bilanzen. Niemand hat sich darum gekümmert, ob die Gelder dem Antrage entsprechend verwendet wurden. Die Bürgschaften fielen unter der Amtszeit von Bürgermeister Müller und, in der bürgermeisterlosen Zeit, unter Beigeordneten Kohlmann. Letzterer setzte sich gegen die Beschuldigungen energisch zur Wehr und behauptete, daß damals niemand hätte voraussehen können, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse entwickelten. Bei der Bürgschaftsvergebung sei ordentlich verfahren worden. Bürgermeister Rappold verzichtete, auf Einzelheiten einzugehen, sonst müsse er Dinge aus dem Gutachten herausbringen, die man mit Sklareksumpf bezeichnen müsse. Im weiteren Verlauf legte Kohlmann sein Amt als Beigeordneter nieder und stellte den Antrag, bei der Regierung vorstellig zu werden, ein Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister einzuleiten, weil er der Regierung falsche Meldungen gemacht habe. Auch machte er dem Bürgermeister den Vorwurf der Steuerhinterziehung. Er begründete seinen Antrag. Bürgermeister Rappold gab ganz abweichend von der Darstellung Kohlmanns Aufklärung über die Beschuldigung, sodaß der Antrag abgelehnt wurde.

Gevelsberg. Vom Gerüst abgestürzt. Gestern nachmittag gegen 5 Uhr stürzte ein bei einem Schildermaler beschäftigter Lehrling Walter Arndt aus Hagen während der Arbeit von einem 8 Meter hohen Gerüst ab. Er erlitt einen Nasenbeinbruch und schwere innere Verletzungen. Sein Zustand ist sehr bedenklich.

Opladen. Schülerin durch Hitzschlag getötet. Im hiesigen Freibad Waldwinkel erlitt gestern morgen eine 13jährige Schülerin einen Hitzschlag, als sie neben dem Bassin im Sande ein Sonnenbad nahm. Trotz den vom Bademeister sofort angestellten Wiederbelebungsversuchen konnte der herbeigerufene Arzt nur noch den Tod des Kindes feststellen. Das Mädchen soll herzleidend gewesen sein.

Braunschweig. Eine Landes-Ausstellung. In der Stadthalle soll vom 25. September bis 5. Oktober d. J. eine „Braunschweigische Landes-Ausstellung" abgehalten werden. Das Staatsministerium, der Rat der Stadt Braunschweig sowie die Handelskammer, Handwerkskammer und Landwirtschaftskammer haben ihre Unterstützung zugesagt. Ein etwaiger Ueberschuß wird den Wohlfahrtseinrichtungen zugutekommen. Alle Stände und Berufe der heimischen Wirtschaft sollen in friedlichem Wettstreit und ehrlicher Zusammenarbeit sich zusammenfinden und alles Können daran setzen, um die Wirtschaft zu beleben. Gerade darin wird der Wert und die innere Bedeutung dieser Landes-Ausstellung gesehen.

Langelsheim. Arbeitereinstellung auf der Sophienhütte. Auf der Sophienhütte sind hier durch Inbetriebnahme zweier Oefen wieder 30 Arbeiter eingestellt worden. Die auf der Juliushütte aushilfsweise beschäftigten Hüttenleute werden wieder übernommen.

Wernigerode. Konsistorialrat Rathmann †. Im Alter von 90 Jahren starb hier nach kurzer Krankheit Konsistorialrat Heinrich Rathmann, der langjährige Seelsorger der St. Johannisgemeinde, die er von 1892 bis zu seinem Uebertritt in den Ruhestand im Jahre 1918 betreute.

Nah und Fern

⊙ **Rückkehr der deutschen Australienflieger.** Die deutschen Flieger Bertram und Klaußmann, die zwei Monate lang im australischen Busch verschollen waren, werden mit einem Dampfer nach Europa zurückkehren. Sie verfügen nicht über hinreichende Mittel, um die Reise mit dem Flugzeug zurückzulegen.

○ **Raubüberfall auf einen Straßenbahnschafffner.** In Berlin wurde zur Nachtzeit auf einen Straßenbahnschaffner ein schwerer Raubüberfall verübt. Auf den Anhänger eines Straßenbahnzuges sprang kurz vor der Einfahrt in den Straßenbahnhof ein Unbekannter und schlug den Schaffner nieder. Darauf raubte er aus der Geldtasche des bewußtlos gewordenen Beamten 45 Mark und entkam. Der Vorfall wurde erst entdeckt, als der Straßenbahnzug in den Hof eingefahren war.

○ **Ein Sprengstofflager ausgeräumt.** Im Steinbruch Kuckstein bei Neuwied wurde das Sprengstofflager der Firma Wirtzfeld erbrochen und völlig ausgeräumt. Den Tätern, die unerkannt entkommen sind, fiel eine größere Menge Sprengstoff in die Hände. Die Polizei hat eine Belohnung auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

○ **Sieben Wohnhäuser mit Nebengebäuden eingeäschert.** In Untersteinach bei Nürnberg brach an zwei Stellen des Dorfes zu gleicher Zeit Feuer aus, das sieben Wohnhäuser mit den Scheunen und Nebengebäuden in Schutt und Asche legte. Man vermutet Brandstiftung. Das Vieh konnte gerettet werden; dagegen sind viele landwirtschaftliche Maschinen mitverbrannt.

⊙ **Der Filmhund Rintintin gestorben.** In Los Angeles starb im Alter von 14 Jahren der aus zahlreichen Filmen bekannte deutsche Schäferhund Rintintin. Rintintin war wegen Altersschwäche schon seit mehreren Jahren nicht mehr imstande, zu arbeiten. An der Beisetzung des berühmten Filmhundes nahmen fast alle Filmgrößen von Hollywood teil.

⊙ **Ein Autoführer von Drahtseil enthauptet.** Einen furchtbaren Tod fand ein Autobesitzer, der sich auf der Fahrt von Paris nach Versailles befand. Kurz vor Versailles hatten Arbeiter des Telephonamtes ein Drahtkabel quer über die Landstraße gespannt, um einen Telephonmast zu errichten. Obwohl einige Meter vor und hinter dem Kabel Warnungstafeln aufgestellt waren, raste der Autoführer in voller Fahrt gegen das Drahtseil, das ihm den Kopf vom Rumpfe trennte. Sein Begleiter erlitt so schwere Verletzungen, daß man an seinem Aufkommen zweifelt.

⊙ **Der Goldschatz der „Egypte" fast vollständig gehoben.** Aus dem Rumpfe des gesunkenen englischen Dampfers „Egypte" wurden von dem italienischen Hebeschiff „Artiglio" weitere Goldbarren im Werte von fünf Millionen Franc geborgen. Da das gute Wetter an der französischen Westküste anhält, hofft der Kapitän der „Artiglio", noch in dieser Woche die Arbeit zu beenden.

⊙ **Die Brandstiftungsseuche in der Sowjetunion.** Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat eine Verordnung erlassen, durch die sämtliche Behörden angewiesen werden, mit allen Mitteln die in der Sowjetunion ausgebrochene Brandstiftungsseuche zu bekämpfen. Die angedrohten Strafen betragen mindestens zehn Jahre Gefängnis, in schwereren Fällen Todesstrafe.

⊙ **Arbeitslosenunruhen in Syrien.** Meldungen aus Kairo zufolge sind unter den arbeitslosen Seidenarbeitern in Syrien, deren Zahl 20 000 beträgt, ernste Unruhen ausgebrochen. Die Arbeitslosen haben Läden, in denen japanische Seidenwaren verkauft werden, geplündert. Die französischen Behörden erklärten sich einer Abordnung der Arbeitslosen gegenüber bereit, die Zölle auf japanische Seidenwaren zu verdoppeln.

○ **Selbstmord eines Kammersängers.** In Wiesbaden vergiftete sich mit Gas der Kammersänger Geiße-Winkel, der über 30 Jahre dem Wiesbadener Staatstheater angehört hatte und in seiner Glanzzeit als Heldenbariton ein bekannter Wagnersänger (auch bei den Bayreuther Festspielen) war. Geiße-Winkel, der 61 Jahre alt war, ist vor kurzem pensioniert worden.

Mit 70 000 RM. geflüchtet.

Große Veruntreuungen im Bremer Getreidehandel.

Seit einigen Tagen ist, wie jetzt bekannt wird, der 23jährige Inhaber der Bremer Getreidemaklerfirma Gebrüder Riese, Ernst Riese, unter Mitnahme von 70 000 Reichsmark flüchtig. Die Staatsanwaltschaft hat hinter Riese einen Steckbrief erlassen. Das Ergebnis der Untersuchung rechtfertigt die Annahme, daß Riese ins Ausland geflüchtet ist. Dafür spricht auch der Umstand, daß er sich kurz vor seiner Flucht einen für das gesamte Ausland gültigen Reisepaß hat ausstellen lassen.

Gegen Riese liegen Anzeigen mehrerer Firmen vor, bei denen der Flüchtling größere Getreidemengen erschwindelt hat, um sie dann sofort gegen Kasse zu Schleuderpreisen loszuschlagen. Seit dem Jahre 1930 sind auch die Geschäftsbücher nicht mehr ordnungsmäßig geführt worden. Man glaubt, daß Riese sich zurzeit in Holland aufhält. Die Getreidemaklerfirma besteht seit über 20 Jahren. Aus den Mitteln, die Riese aus den Verkäufen erzielte, deckte er nicht seine Verbindlichkeiten ab, sondern ließ das Geld in seine eigene Tasche fließen.

Preisermäßigung bei der Lufthansa.

Zum Besuch der Deutschen Funkausstellung.

Die Deutsche Luft-Hansa gewährt den Besuchern der in der Zeit vom 19. bis 28. d. M. in Berlin stattfindenden Großen Deutschen Funkausstellung eine Ermäßigung von 10 Prozent des Flugpreises. Diese Ermäßigung wird eingeräumt gegen Vorlage der Händler-Dauerkarte mit Kontrollnummer und dem Abzeichen des Berliner Fremdenverkehrsamtes und der Einladung zum Besuch der Funkausstellung. Die Ermäßigung gilt in Richtung nach Berlin für die Zeit vom 15. bis 28. August und von Berlin ab in der Zeit vom 22. bis 31. August. Bei gleichzeitiger Lösung des Hin- und Rückflugscheines kommt auch für den Rückflug die übliche Ermäßigung in Betracht.

Autobusunglück im Bayerischen Oberland

Ein Toter, sechs Verletzte.

Im Bayerischen Oberland ereignete sich ein schwerer Unfall eines Münchener Gesellschaftsautobusses. Am Fuße des Ettaler Berges, in der Nähe von Oberau, unweit von Garmisch, versagte die Steuerung des Autobusses. Der Wagen geriet an den Steilhang, riß mehrere Einfassungssteine um und

stürzte dann etwa 20 Meter über die Böschung,

wo er schwerbeschädigt liegenblieb. Von den sieben Insassen wurde ein dem Namen nach noch nicht bekannter Fahrgast getötet, während die übrigen sechs Personen Verletzungen davontrugen. Vier von den Verletzten wurden in das Krankenhaus Partenkirchen eingeliefert.

Am schwersten verletzt ist eine 49jährige Engländerin, eine gewisse Frau Drinckweter aus London, die eine Kopfwunde und wahrscheinlich auch einen Schädelbruch davongetragen hat. Die 59jährige Kaufmannsgattin Margarete Schroer aus Heidelberg erlitt eine Kopfwunde sowie einen Bluterguß am Auge. Mit Prellungen und anderen leichteren Verletzungen kamen davon der Kaufmann Waldemar Holland aus Anklam in Pommern und der Schuhmachermeister Ernst Jark aus Campe bei Stade. Leichter verletzt wurde ein Kind sowie der Wagenführer. Der Getötete ist ein Kaufmann Schroer aus Heidelberg, der Mann der verletzten Frau Schroer.

Einweihung einer Otto-Lilienthal-Gedenkstätte.

Ehrung des Altmeisters der Fliegerkunst.

In Lichterfelde-Ost bei Berlin wurde auf dem historischen Gelände, auf dem Otto Lilienthal, der Altmeister der Fliegerkunst, vor etwa vierzig Jahren seine ersten Flugversuche machte, eine Lilienthal-Gedenkstätte eingeweiht. Die Gedenkstätte, die von der wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt errichtet worden ist, befindet sich auf dem Hügel, den Lilienthal seinerzeit für seine Flugversuche aufschütten ließ. Dort wurde ein Rundbau errichtet, der in der Mitte auf einem Sockel die Erdkugel trägt.

Der Vorsitzende der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt, Professor Schütte, übergab mit einer Gedenkrede die Ehrenstätte der Stadt Berlin und würdigte die Bedeutung Otto Lilienthals.

Oberbürgermeister Dr. Sahm übernahm mit Worten des Dankes die Gedenkstätte und wies gleichfalls auf die hervorragende Bedeutung Lilienthals hin. Er begrüßte ferner den anwesenden Bruder des Altmeisters, den Baumeister Gustav Lilienthal, der seinerzeit die Arbeiten gemeinsam mit seinem Bruder ausgeführt hatte. Im Anschluß daran legten verschiedene Flugverbände Kränze am Hügel nieder. Auch Lilienthals Monteur, Beylich, legte einen Kranz nieder.

Fehler an der Piccard-Gondel behoben.

Stratosphärenflug am Sonnabend?

Seit Dienstag arbeiteten Professor Piccard und sein Begleiter Cosyns eifrig an der Ausfindigmachung und Behebung des Fehlers an der Jonisationskammer, dem wichtigsten Meßinstrument, das die Gondel mitführen wird. Dieser Apparat war unter den Druck von vier Atmosphären gehalten worden, um die Dichtigkeit zu prüfen. Es zeigte sich, daß nur noch drei Atmosphären vorhanden waren. Der Fehler konnte gefunden und behoben werden. Der Apparat muß bei der Heranschaffung einen Stoß erhalten und Schaden genommen haben. Ehe er wieder in die Gondel eingebaut werden konnte, wurde diese stundenlang unter Druck gesetzt, damit man über ihre vollkommene Dichtigkeit Sicherheit besitzt. Sodann wurde der Jonisationsapparat wieder in die Gondel eingefügt.

Die Arbeiten nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Damit ist die Gondel startbereit. Der Start hängt nur noch vom Wetter ab. Er ist, falls die Witterung dies zuläßt, für Sonnabend vorgesehen. Die endgültige Entscheidung wird aber erst am Freitag getroffen.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 11. August.

22 Mädchen in einen Bach gestürzt.

Bad Tölz. Eine Münchener Schülerinnengruppe wollte am Leinbach-Steg bei Jachenau eine photographische Aufnahme machen. Die Schülerinnen stellten sich auf dem alten Steg auf, der die Belastung nicht tragen konnte und einstürzte. 22 Mädchen stürzten in den etwa zwei Meter tief gelegenen Bach, wobei drei von ihnen besonders schwere Verletzungen erlitten. Sie wurden sofort in das Krankenhaus gebracht. 19 Mädchen erlitten leichtere Verletzungen.

17 Tage Gefängnis wegen Niederholens der Reichsflagge.

Eutin. Am Nachmittag des 27. Juli hatten mehrere junge Leute die auf der Eutiner Kaserne aus Anlaß des Unterganges der „Niobe" auf Halbstock gesetzte Flagge heruntergeholt. Sie waren sofort festgenommen worden und hatten sich am Donnerstag vor dem Strafrichter zu verantworten. Einer von ihnen war geständig und wurde zu 17 Tagen Gefängnis verurteilt. Der zweite Angeklagte erhielt wegen Hausfriedensbruchs und Vergehens gegen das Republikschutzgesetz 14 Tage Gefängnis, während der dritte wegen Mangels an Beweisen freigesprochen wurde.

Schweres Autounglück. — Zwei Tote, fünf Verletzte.

Nürnberg. Am Mittag ereignete sich in Bad Brückenau ein schweres Autounglück. Ein mit sieben Personen besetzter Kraftwagen aus Breitenbach raste in einer Kurve in voller Fahrt gegen die Treppe des Telegraphenamtes. Das Auto überschlug sich. Der Landwirt Hermann Müller aus Schondra wurde tot unter dem Wagen hervorgezogen. Der Landwirt Joseph Karger, ebenfalls aus Schondra, starb am Nachmittag. Schwerverletzt wurden zwei weitere Landwirte aus Schondra, während der Führer und die beiden übrigen Insassen mit leichteren Verletzungen davonkamen. Der Kraftwagenführer wurde verhaftet.

Fünf Selbstmorde an einem Tage in Magdeburg.

Magdeburg. Am Donnerstag haben sich in Magdeburg nicht weniger als fünf Selbstmorde ereignet. Ein Ehepaar hat Gift genommen und ist dann in die Elbe gegangen. Ein 72jähriger Mann hat sich mit Gas vergiftet, des weiteren hat ein Mann durch Erhängen seinem Leben ein Ende gemacht. Eine fünfte Person ist von der Ebert-Brücke in die Stromelbe gesprungen, die Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

Devisenschiebungen mit J. G. Farbenaktien.

Mannheim. Der seit etwa einem Jahr in Mannheim ansässige Rechtsanwalt Dr. Hafner wurde unter dem Verdacht der Devisenschiebung verhaftet. Hafner soll mit Hilfe einer ebenfalls inhaftierten Frau J. G. Farbenaktien aus der Schweiz nach Deutschland eingeführt und hier verkauft haben. Ein Kaufmann, für dessen Rechnung die Schiebungen erfolgten, ist geflüchtet.

Putsch in Tschangtschun unterdrückt. — Acht Personen hingerichtet.

Mukden. Die mandschurische Polizei hat eine Anzahl Personen verhaftet, die in Tschangtschun am 12. August den Putsch gegen die mandschurische Regierung geplant haben. Acht Personen wurden hingerichtet.

Tschiangkaischek fordert Diktaturmacht.

Schanghai. Marschall Tschiangkaischek übermittelte dem Präsidenten der Chinesischen Republik einen Brief, in dem er erklärt, daß er bereit sei, die Regierung zu übernehmen unter der Bedingung, daß die Kontrollorgane der Kuomintang und des Gesetzgebenden Rates der Chinesischen Republik ausgeschaltet werden.

Das Ende des spanischen Aufstandes.

Paris. Wie in amtlichen Kreisen Madrids verlautet, gilt der Aufstand als vollkommen zusammengebrochen. Die Unruhen hätten keine Unterstützung im Lande gefunden. Die republikanische Regierung sei stets von der Zuverlässigkeit des Heeres überzeugt gewesen. Dieses Vertrauen hat die Armee gerechtfertigt. Das Parlament habe die Haltung der Regierung gebilligt und ohne Unterschied der Parteien eine begeisterte Vertrauensentschließung angenommen. In ganz Spanien sei die Ordnung vollkommen sichergestellt.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Sport-Anzüge

in unverwüstlichen Stoffen v. Mk. 16.80 an. Sakko-Anzüge in allen Farben u. guten Qualitäten, die am Lager habenden werden zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft. Sport-, Ober- und Wochenend-Hemden in vielen Farben. Lange u. Breecheshosen in allen möglichen Stoffen. Blau-Leinen-Anzüge von 4,25 Mk. an. Hüte, (blaue Sportmützen, Kragen u. Selbstbinder

Sämtliche Kurz-, Weiß- u. Wollwaren zu d. billigsten Tagespreisen empfiehlt

Hugo Nieding, Halver,

Berliner-Straße Nr. 56 . . . . .

Gründlichen

Violin-Unterricht

in Kierspe, Kierspe-Bhf. u. Meinerzhagen erteilt

Otty Lange,

Musiklehrerin

ausgebildet in der Musik.-Päd.-Gemeinschaft Seidemann in Hagen.

Anfragen an Herrn Alfr. Dahlhaus, Kierspe-Bhf. Günstiges Honorar.

Adolf Welter, Halver

Fernruf 337

Versicherungs-Büro

empfiehlt sich zum

Abschluß von Versicherungen aller Art, wie Feuer-, Haftpflicht-, Auto-, Unfall-, Lebens-Versicherungen zu bekannt niedrigen Prämien.

Ebenso vermittele ich:

An- u. Verkäufe

von Wohn- und Geschäftshäusern, landwirtschaftlichen Besitzungen ohne jeden Kostenvorschuß.

— Hypotheken-Vermittlung —

Wir bitten unsere Mitglieder, ihren **Winterbedarf** an

Weißkohl, Rotkohl u. Zwiebeln

bis zum 31. August in den Verteilungsstellen anzugeben.

Konsumverein Halver, e. G. m. b. H.

Petkuser

Winterroggen

als Orginalsaat 1931 bezogen, hat abzugeben.

W. Bremicker, Schöneberge. Ruf 171 Amt Halver.

Spezialhaus f. Betten

Wäsche und Aussteuer

Steppdecken, Matratzen, Reform-Unterbetten, Metail-Bettstellen, Kinderbetten, Bettfedern, Halbdaunen und Daunen, Dampf-Bettfedern- Reinigungs-Anlage

August Vollmerhaus,

Kierspe-Bahnhof.

Mit Glas schreiben heisst leicht schreiben, schnell schreiben und mit Tinte durchschreiben



Diese Vorteile bietet Ihnen der

HARO

Füllhalter mit der auswechselbaren **Original-HARO-Glasfeder mit der blauen Kugel**

1 Jahr Garantie. Preis 3.- u. 3.50 Mark.

Mit der massiven, fein polierten Glasfeder schreiben Sie ohne Spiessen weich u. flott wie mit Blei, Sie schreiben aber **mit Tinte.** Die Glasfeder können Sie selbst leicht auswechseln. Die Original-HARO-Glasfeder, für jede Handschrift passend, (fein, mittelfein, stumpf) kostet 30 Pfg.

Machen Sie bitte eine unverbindliche Schreibprobe bei

Buchhandlung

Wilh. Bell jr., Halver.

Freiw. Feuerwehr Neuenhaus.

Samstag, den 13. Aug. abends 8 Uhr

General-Versammlung

Tagesordnung wird in derselben bekannt gegeben.

Der Vorstand.

T.-V. Kierspe e. V. 1879.

General-Versammlung

Samstag, den 13. d. M. abends 8 Uhr **im Vereinslokale.**

Tagesordnung:
1. Festangelegenheiten.
2. Wahl der Kassenrevisoren.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Zur Beteiligung an den

Reichsjugend-Wettkämpfen

beim V. f. L. Vollme am Sonntag, d. 14. 8. treten die Wettkämpfer sowie alle übrigen Vereinsmitglieder um 12 Uhr am Vereinslokal unter Vorantritt des Trommler- und Pfeifercorps an.

Das

Blitzturnier

im Faustball beginnt um 8 Uhr.

Die **Kampfrichtersitzung** findet um 10 Uhr statt.

Der Oberturnwart.

Fruchtpressen

Bohnenschneid-Maschinen

Einkochkessel

komplett ohne Therm. **4.60 M.**

Wilh. Bell jr., Halver.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Halver. Sonntag, 14. August 1932 Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pastor Dr. Große-Dresselhaus 11 Uhr Taufen, Kindergottesdienst. Bücherausgabe der Kirchl. Bibliothek. Dienstag abend 8 Uhr Kirchenchor. Donnerstag abd. 8 Uhr Vorbereitung für den Kindergottesdienst. Freitag abd. 8,30 Uhr Kirchl. Posaunenchor.

Ev. Vereinshaus Halver. Samstag 8,30 Uhr Bibelbesprechung u. Gebetstunde. Sonntag 4,30 Uhr Bibelstunde Herr Bröder. 5,30 Jungfrauenverein, Bibelbesprechung. Montag, 8,30 Uhr Jungfrauenverein, Bibelbesprechung (Pastor Stommel). Mittwoch 8,30 Uhr Jünglingsverein, Bibelbesprechung. 8,30 Uhr Jungfrauenverein, Geteilte Gruppen. Freitag 8,30 Uhr Männerchor.

Freie evangelische Gemeinde Halver. Sonntag morgens 9,45 Uhr Erbauungsstunde. 11 Uhr Sonntagsschule, Nachm. 4 Uhr Bibelstunde. Montag abends 8,30 Uhr Jungmänner-Bibelkreis. Dienstag abends 8 Uhr Gem. Chor. Mittwoch abends 8,30 Uhr Jungmädchenverein. Donnerstag abds. 8,30 Uhr Gebetsstunde. Freitag abds. 8,30 Uhr Bibelstunde (Prediger H. Schmidt Hartenrod) Samstag abend 8,30 Uhr Männerchor.

Blaukreuzverein Halver. Sonntag, den 14. August nachm. 3 Uhr Bibelstunde. Donnerstag, den 18. August, abends 8,30 Uhr Bibelbesprechung.

Katholische Gemeinde Halver. Sonntag, 14. Aug. 7,30 Uhr Frühmesse mit Predigt (Zyklus) 10 Uhr Hochamt.

Ev. Gemeinde Brügge. Sonntag 10 Uhr Gottesdienst, 11,15 Uhr Kindergottesdienst. Dienstag 9 Uhr Kirchenchor. Mittwoch 8 Uhr Posaunenchor.

Ev Gemeinde Schalksmühle Sonntag 9,30 Uhr Gottesdienst, 10,45 Uhr Kindergottesdienst, 5,30 Uhr Blaukreuzstunde. 8 Uhr Gemeinschaftsstunde Montag 8 Uhr Posaunenchor. Dienstag 8,30 Uhr Jungmädchenverein. Mittwoch 8,30 Uhr Bibelstunde. Donnerstag 8,30 Uhr Vorbereitung zum Kindergottesdienst, Jugendbund für E. C.. Freitag 8 Uhr Bibelbesprechung, 9 Uhr Männerchor Samstag 8,30 Uhr Gemischter Chor.

Ev. Gemeinde Breckerfeld. Sonntag, d. 14. August (12. S. n. Trin.). 10 Uhr Festgottesdienst der Jungscharen der Kreisverbindung Schwelm, 11,15 Uhr Kindergottesdienst, 3,30 Uhr Kirchliche Gemeinschaft, 5 Uhr Jungmännerverein. Dienstag 8,30 Uhr Jungmännerverein, Bibelabend 8,30 Uhr Kirchenchor. Mittwoch 8,30 Uhr Helferkreis des Kindergottesdienstes. Donnerstag 8,30 Uhr Jungmädchenverein. Samstag 3,30 Uhr Jungschar des Jungmännervereins, 8 Uhr Posaunenchor.

Ev. Gemeinde Kierspe. Sonntag 9,30 Uhr Kindergottesdienst, 10,30 Uhr Hauptgottesdienst Missionar Meisel, 11,30 Uhr Bücherausgabe 4 Uhr Nachfeier des Missionsfestes (Pfarrer Stommel). Dienstag 8,30 Uhr Bibelstunde Donnerstag 8,30 Uhr Jundmädchenbund. Samstag 2,30 Uhr Jungschar, 8,30 Uhr Posaunenchor Kierspe.

Ev. Gemeinde Kierspe-Bhf. Montag 8,30 Uhr Gemeinschaftschor. Dienstag 8.30 Uhr Kirchenchor. Mittwoch 8,30 Uhr Jungmädchenbund Freitag 8.15 Uhr Frauenhilfe. Samstag 2,30 Uhr Jungschar.

Bollwerk. Sonntag 10,30 Uhr Kindergottesdienst Vollme. Dienstag 8,30 Uhr Posaunenchor Vollme. Mittwoch 8,30 Uhr Kirchenchor.

Freie ev. Gemeinde Kierspe-Bahnhof: Sonntag 9,30 Uhr Gemeinde Erbauungsstunde, 11 Uhr Kinder Sonntagsschule, 16 Uhr Versammlung für Jedermann. Dienstag 16 Uhr Frauenverein 20,30 Uhr Jungfrauenverein. Mittwoch 20.30 Uhr Gebetstunde. Donnerstag 20.30 Uhr Gemischter Chor. Freitag 8,30 Uhr Jünglingsverein